



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/111

Hannover, 15. Mai 1950

Hinweise

auf den Inhalt:

Kommentar zum Londoner Ergebnis	S.1
Mare Sovjeticum (Bericht aus Stockholm)	S.3
Zur Verhaftung Kurt Müllers	S.5
Die Nachwahl in Kulmbach	S.6

Kein Grund zur Begeisterung

sp. Bei allem Respekt vor dem guten Willen der Beteiligten kann man nicht sagen, dass die Londoner Aussenminister-Konferenz irgend eine politische Offenbarung gebracht hat. Wenn man ihre Ergebnisse als "ausserordentlichen Fortschritt" bezeichnet, wie der Kanzler es getan hat, so dürfte solche Kennzeichnung vor allem dem Bedürfnis entsprechen, auch seinerseits etwas Freundliches zu sagen, nachdem in der ungewöhnlich langen amtlichen Verlautbarung über das Konferenzergebnis so viele nette Worte Platz gefunden haben. Bei dieser Verlautbarung handelt es sich mehr um ein Resumé der westalliierten Deutschlandpolitik in den vergangenen zwei Jahren und weniger um ein Kommuniqué mit der Bekanntgabe dessen, was auf ihrer letzten Konferenz erreicht wurde. Sie ist, journalistisch gesprochen, ein Kommentar, aber keine Meldung, wenn man von den Mitteilungen absieht, dass zwei Ausschüsse gebildet werden sollen, einer um die Revision des Besatzungsstatutes vorzubereiten und ein anderer, der sich mit Massnahmen zur Milderung des europäischen Bevölkerungsüberschusses, also vor allem auch mit der Flüchtlingsfrage, befassen soll.

Es besteht also kein Grund zu irgend einer Art von Begeisterung, wenn man nicht schon Zusagen und eine einigermaßen freundliche Sprache als ausreichenden Anlass dafür gelten lassen will. Dabei fehlt es auch nicht an mehr oder weniger versteckten Vorwürfen, wie dem, dass die Erfüllung des deutschen Wunsches auf eine Lockerung der Kontrollen und auf die Wiederherstellung der Souveränität nur von den Bemühungen des deutschen Volkes selbst und denen seiner Regierung abhängt. Wir sind der Ansicht, dass mehrere schwerwiegende andere Faktoren in dieser

Sache mitsprechen, die keineswegs etwas mit dem deutschen Wohlverhalten zu tun haben.

Das dünne Resultat ist möglicherweise auch mit darauf zurückzuführen, dass die Engländer durch die plötzliche Sonderaktion Schumans leicht schockiert waren und noch sind, auch wenn das aus naheliegenden Gründen nach aussen hin kaum in Erscheinung tritt. Jedenfalls scheint schon sicher zu sein, dass England der geplanten "Hohen Behörde" an der Spitze einer gemeinsamen europäischen Kohle- und Stahlproduktion nicht teilnehmen wird. Damit aber wäre der Wert dieser Institution für eine wirkliche europäische Zusammenarbeit schon wesentlich gemindert und es wäre sorgfältigster Überlegungen wert, ob Deutschland es sich leisten kann, in eine Position zu kommen, in der es sehr leicht in einen klaren Gegensatz zu Grossbritannien geraten könnte.

Auch ein anderer Punkt stimmt in diesem Zusammenhang bedenklich. Die französische Regierung dürfte sich in den letzten Wochen darüber klar geworden sein, dass sie ihr Veto gegen die Neufassung der Präambel des Gesetzes 75 kaum wird aufrechterhalten können. Offenbar ist der Schuman-Plan auch ein Versuch, nun auf diese Weise für Garantien zu sorgen, die man über das Gesetz 75 nicht bekommen konnte, Garantien gegen eine einheitliche und straffe Lenkung der deutschen Kohle- und Stahlwirtschaft.

In einzelnen deutschen Berichten ist schliesslich davon die Rede, dass der wichtigste Beschluss der Konferenz nicht offiziell bekanntgegeben wurde, der angebliche Beschluss nämlich, eine ausgedehnte USA-Hilfe für Europa auch nach dem Ende des Marshallplanes fortzuführen. Der Beschluss wäre interessant und wichtig, wenn er zuträfe. Das aber ist völlig unwahrscheinlich. Diese Frage fällt gar nicht in die Zuständigkeit der Aussenministerkonferenz, sondern allein in die des amerikanischen Kongresses und es ist etwas naiv, anzunehmen, dass man einen so weittragenden Beschluss so nebenher und bei einer solchen Gelegenheit fassen könnte.

Mare Sovjeticum

K.R.K. Stockholm, Mitte Mai

Der Glaube des schwedischen Volkes an den Wert seiner Neutralität ist noch nicht erschüttert. Er wird eifrig gestärkt durch die Regierung und deren Mitglieder, von denen der Verteidigungsminister Vougt eben jetzt wieder eine vielbeachtete Rede gehalten hat. Er

meinte, er habe keinen Anlass anzunehmen, dass mit einer isolierten militärischen Aktion gegen Schweden zu rechnen sei. Eine solche hätte

nach seiner Meinung einen Sinn nur als Einleitung zu einem allgemeinen Konflikt. Nun, es ist zu hoffen, dass die Russen nicht

eines schönen Tages Appetit auf die Insel Gotland bekommen, deren Besetzung ein tödlicher Schlag gegen die Freiheit Schwedens wäre.

Die Frage ist, ob die Westmächte einen solchen Schlag als Kriegsursache ansehen würden. Schweden ist nicht mit im atlantischen Verteidigungssystem, und Gotland könnte den Russen des Versuches wert sein.

Wenn schon nicht die Nähe der Sowjetmacht an und für sich als unheimlich angesehen wird, scheinen doch die klaren Kriegsvorbereitungen Russlands in der Ostsee geeignet zu sein, Bedenken zu wecken.

Immer mehr häufen sich die Angaben über starke russische Befestigungsarbeiten an der Ostseeküste. Es handelt sich dabei vor allem um die Montierung von Abschuss-Stationen für V-Raketen und andere

offensive Anlagen. Diese Kriegsvorbereitungen so gut wie möglich zu verbergen, scheuen die Russen kein Mittel. Auch nicht das, harmlose

schwedische und dänische Fischer, die weit von der russischen Küste entfernt ihrem friedlichen Gewerbe nachgehen, zu überfallen und gefangenzusetzen. Die Willkür, mit der die Russen vorgehen, spottet jeder Beschreibung und scheint langsam sogar die Schweden aus ihrem

Dornröschenschlaf zu wecken. Kein Ostseefischer ist seiner Freiheit mehr sicher. Zwei schwedische Boote, die vor einigen Wochen mehr

als 12 Seemeilen von der russisch beherrschten Küste entfernt auf Fang aus waren, wurden gekapert und vierzehn Tage in einem russischen

Hafen festgehalten, ohne dass die russischen Behörden die schwedischen Anfragen nach dem Verbleib der Boote auch nur beantwortet hätten. Eines dieser beiden Boote wurde kurze Zeit später bis in die unmittelbare Nähe der gotländischen Küste verfolgt. Augenblicklich sollen fünf dänische Fischerkutter in russischem Gewahrsam sein. Die Russen weigern sich, anzugeben, welche Zone sie als Hoheitsgebiet bezeichnen: ob sie die Dreimeilen- oder Zwölfmeilengrenze anerkennen, ihnen scheint daran gelegen zu sein, Schrecken und Unsicherheit dadurch zu verbreiten, dass sie die Möglichkeit des Gekaportwordens für jeden Ostseefischer offen lassen. Eigentlich müsste man schon dieses brutale Vorgehen als eine Angriffshandlung auf die Interessen der Nachbarländer ansehen.

Es ist das Ziel der Russen, die Ostsee zu einem mare sovjeticum zu machen, wie es das Ziel Mussolinis gewesen ist, die Adria und später das Mittelmeer ein mare nostrum werden zu lassen. Gelingt der Versuch, dann sind nicht nur dänische und schwedische Fischerboote nicht mehr sicher: dann werden selbst die schwedischen Kriegsschiffe die Erlaubnis für das Auslaufen aus ihren Häfen in Moskau einzuholen haben. Wenn der schwedische Verteidigungsminister bei der erwähnten Gelegenheit mitgeteilt hat, die schwedische Abwehr verfüge über eine neue Flakkanone, die bis zu 75 Schuss in der Minute abgeben kann, so kann dieser Hinweis, zumal unter den heutigen waffentechnischen Verhältnissen, nicht unbedingt überzeugen, er kann erst recht nicht das Fehlen Schwedens im atlantischen Verteidigungssystem ersetzen.

- - - - -

Kommunistische Selbstentlarvung

sp. Die "Entlarvung" des bisherigen zweiten Vorsitzenden der Kommunistischen Partei in Westdeutschland, Kurt Müller, und seine -angebliche-Verhaftung in Berlin ist im Grunde nichts anderes als die Selbstentlarvung des kommunistischen Misserfolges in Westdeutschland. Natürlich wird das nicht zugegeben, sondern auch in diesem Fall das alte Rezept aller Diktatoren angewandt: bei Misserfolg ist Verrat im Spiele. Denn Niederlagen offen als logische Folge einer falschen eigenen Politik bezeichnen, würde heissen, das Unfehlbarkeitsprinzip aufs Äusserste gefährden, ohne das eine diktatorische Institution nicht auskommen kann.

Die politische Liquidierung Müllers ist ein Ereignis von einschneidender Bedeutung für die kommunistische Politik Deutschlands.

Das Politbüro der kommunistischen SED hat nicht irgend einen, sondern den Mann fallen lassen, der der ausgeprägteste Repräsentant der Politik gerade dieses Politbüros gewesen ist. Das war Kurt Müller und ist nicht das Aushängeschild Max Reimann "unser aller Hindenburg", wie man im vertrauten kommunistischen Funktionärkreis sagt. Wenn hier von Verrat gesprochen werden kann, dann nur von dem der Ulbrichtclique an Kurt Müller. Ihn sollte man freilich deshalb nicht mit dem Lorbeer des Märtyrers schmücken, denn auch er hat im Laufe der letzten Jahre viele seiner Freunde, vor allem während der von ihm geleiteten grossen Säuberungsaktion im Auftrage von Ulbricht & Co. während des vergangenen Jahres, verraten und kaltschnäuzig fallen lassen. Daß er jetzt den gleichen Weg gehen muß, wahrscheinlich mit sehr viel schlimmeren Konsequenzen, kann als ein Akt schicksalhafter Ausgleich der Gerechtigkeit gewertet werden.

Die kommunistische Politik ist in Westdeutschland von Niederlage zu Niederlage gegangen. Die letzte besonders bittere war die bei den Betriebsräte-Wahlen, bei denen man noch auf einiges gehofft hatte. Nichts davon hat sich erfüllt. Kurt Müller ist nach der alten, niederträchtigen kommunistischen Gepflogenheit gestürzt worden, die

Schuld auf einen Sündenbock abzuladen. Das Beispiel aus der Vergangenheit, das sich geradezu aufdrängt, ist das des Schicksals von Heinz

Neumann, des hoch begabten aktiven Kommunistenführers in den 20 und 30er Jahren: 1932 hatte es sich herausgestellt, dass der bisherige Kurs

der KP in Deutschland nicht zur Stärkung dieser Partei, sondern zur Zersetzung der Arbeiterschaft und Stärkung der Nationalsozialen führte.

Heinz Neumann, dessen Gruppe bis dahin die Politik der KP maßgebend bestimmt hatte und der auch in Moskau durchaus mit Recht als die

stärkste Figur im deutschen Kommunismus galt, wurde daraufhin entfernt, obwohl die eigentliche Verantwortung die Komintern-Leute selbst

traf.

Man wird gespannt sein dürfen, wer der eigentliche Nachfolger Kurt Müllers werden soll - die Ernennung von Fritz Sperling zum zwei-

ten Vorsitzenden ist ein Vorgang ohne politische Bedeutung. Wer es aber auch sein wird - auch seine Tage werden in dem Augenblick gezählt

sein, in dem die zentrale Führung merkt, dass es in Westdeutschland mit dem Kommunismus weiter bergab geht. Auf dem anderen Weg der Abhilfe

die eigene Politik - vor allem in der Sowjetzone - grundlegend zu revidieren und damit, so gut es geht, ihre abschreckende Wirkung auf den

Westen aufzugeben, auf diesen Ausweg wird man nicht verfallen, denn dann müsste man sich selbst liquidieren. Wer aber hat dazu schon

Lust?

Das Ergebnis von Kulmbach

sp. Bei der Kulmbacher Nachwahl zum Bundestag hat zwar der gemeinsame Kandidat von CSU, BP (Bayernpartei) und FDP, Dr. Johannes Seiler,

gegen den sozialdemokratischen Kandidaten, Heinz Jaksch, gewonnen. Aber die dabei zutagegetretene Entwicklung der Stimmabgabe ist ein

klarer Erfolg für die SED. Bei geringerer Wahlbeteiligung als am 14. August 1949 hat die SED gegen damals 27000 Stimmen heute 31 000 Stim-

men für sich buchen können, die drei genannten bürgerlichen Parteien aber haben insgesamt rund 1/3 ihrer Stimmen verloren, sie sind von

etwa 46 000 auf etwa 32000 zurückgegangen. Die Mehrheit Seilers von

annähernd 900 Stimmen ist also denkbar gering. Zu der Wahl Semlers hat nicht unwesentlich die KP dadurch beigetragen, dass sie trotz

voller Aussichtslosigkeit einen eigenen Kandidaten aufstellte, der 1800 Stimmen erhalten hat. Von ihnen wäre sicher ein erheblicher

Teil der SED zugefallen, wenn sich die KP nicht wieder einmal zur Steigbügelhalterrolle gegenüber den bürgerlichen Parteien erniedrigt hätte.

Als relativ stabil hat sich die WLV erwiesen, für die bekanntlich Loritz selbst kandidiert hat. In Kreisen des Bundestages

ist man sich darüber einig, dass diese Kandidatur ungesetzlich war, das das passive Wahlrecht eines gewählten Abgeordneten ruht, d.h.

er sich um keinen zweiten Sitz im gleichen Parlament bewerben kann. Ob aus diesem Grunde die ganze Kulmbacher Wahl nachträglich ange-

fochten wird, ist eine offene Frage, die rechtlichen Voraussetzungen dafür würden jedenfalls gegeben sein. Da es aber eine Wahlprü-

fungsbehörde noch nicht gibt, käme eine Wiederholung der Wahl, wenn überhaupt, nicht schon in kurzer Zeit in Betracht. Sicher ist, daß

die Kulmbacher Nachwahlen die Tendenz der zunehmenden Unzufriedenheit vor allem mit dem Wirtschafts- und Sozialkurs der gegenwärtigen

Regierung klar bewiesen haben.

"Nicht niedriger als 2.50 m über der Erde"

Die Angehörigen vieler Ostzonen-Betriebe mussten 14 Tage lang täglich eine Überstunde machen. Der Lohn dieser Überstunden wurde der FDJ als Pflichtbeitrag für das FDJ-Pfingsttreffen zur Verfügung gestellt. Diese Eintreibungsaktion, unter der alle Betriebe zu leiden haben, bewirkte eine wachsende Opposition in der Ostzonenbevölkerung. In einem Schreiben des Kreisvorstandes Demmin an alle FDJ-Kulturreisende hieß es sehr bezeichnend:

"Verwendet bei der Plakataktion für das Pfingsttreffen guten Kleister und klebt nicht niedriger als 2.50m über dem Erdboden. Die Jugendfreunde müssen sich die Mühe machen und Leitern mitmachen, damit das Abreißen dieser Plakate durch gewisse Elemente sofort nach dem Kleben nicht einfach gemacht wird. Wenn die Klebeaktion gewissenhaft ausgeführt wird, leistet auch sie ihren Beitrag im "nationalen Freiheitskampf gegen die amerikanischen Kriegstreiber und ihre deutschen Handlanger."

-o-o-o-o-o-

Verantwortlich: Peter Raunau